

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Unhalt und Thüringen. Jahrgang 207.

1914. Nr. 224. Zweite Ausgabe

Donnerstag, 14. Mai 1914.

Zur Wahl in Osterburg-Stendal.

Die Wasserministranten arbeiten im Wahlkreis Osterburg-Stendal mit recht eigenartigen Agitationsmitteln, um den Kampfesieger der roten Umsturzgenossen für ihren Kandidaten anzupornen.

Der liberale „Altkämpfer“ hob es als dankenswerte Leistung seiner Parteigenossen hervor, daß sie in Borna gegen den roten Wodagenossen durchfallen ließen. Derselbe Wochenschrift-Monteur bezeichnete es dagegen als „eine schmachvolle Niederlage“, daß in Perichow der größere Teil der Liberalen dem nationalen rechtsstehenden Kandidaten zu einem Siege über den roten Umsturzgenossen verholfen hätte. Dieses „schmachvolle Verhalten“ einzelner misleiteter Liberaler dürfe die Sozialdemokratie billigerweise nicht der nationalliberalen Partei in ihrer Gesamtheit zur Last legen, am wenigsten natürlich dem aus besonderer Rücksicht auf die linken Wodagenossen hier auf den leergemachten Fußmännisch erborenen Kandidaten Wochenschrift.

Daß solches Lob- und Robb- und Freue- und Haltung der Liberalen in Borna, daß solche Verleugnung oder Verurteilung der Liberalen in Perichow, die sich zu nationalem Verhalten „mitleiden“ ließen, guten Eindruck auf die roten Silbstruppen im zweiten Treffen machen wird, ist zu erwarten. Zu hoffen aber ist, daß die königstreuen nationalen Bauern und Bürger in der Altmark den entgegengeleiteten Eindruck davon empfangen, daß sie es entschieden ablehnen werden, sich für eine so bedeutend gemordene Robb- und Freue-Kandidatur ins Feuer führen, schließlich Schütler an Schütler mit den roten Umsturzgenossen im zweiten Treffen aufstellen zu lassen. Nationale politische Bauern und Mittelständler in ganz Deutschland bilden jetzt gepannt nach Stendal hin, um zu beobachten, wie ihre Ständes- und Berufsgruppen dort sich am 15. d. M. zu der Robb- und Freue-Kandidatur stellen werden.

Deutsches Reich.

Des Kaisers Dank an die Glatz-Lotzinger.

Dem Bezirkspräsidenten Freiherrn von Gemmingen in Mek ist Mittwoch vormittag aus Wiesbaden folgendes Telegramm des Kaisers zugegangen:

„Während meines Aufenthaltes im Reichslande bin ich an allen von mir berührten Orten und Gegenden von der Einwohnerlichkeit auf das freundlichste empfangen und begrüßt worden. Ich habe mich über diesen Ausbruch patriotischer Gefühlsregung und über die Hingebung, die Sie, der Bevölkerung von Glatz-Lotzinger meinen wärmsten Dank dafür aussprechen.“

Der Kaiser in Wiesbaden.

Auf allerhöchstem Befehl begannen Mittwoch abend die Festvorstellungen der königlichen Schauspieler mit Gustav Freytags „Journalisten“. Dem Konrad Holz gab Karl Clewung aus Berlin. Das Haus war mit roten Blumenkränzen geschmückt und von einer glänzenden Gesellschaft gefüllt. Unter Führung des Zentrumsden Barons von Wittenberg erschienen in der großen Hofloge der Kaiser, den das Publikum mit Schreien empfing. Der Kaiser vernahm sich dankend. Neben seiner Majestät nahmen Platz der Kriegsminister v. Falkenhayn und Generaloberst von Scholl.

Trauerfeier für Frau von Bethmann Hollweg.

In dem zur Trauerfeier umgewandelten Kongresssaal des Reichstagsgebäudes fand Mittwoch mittag die Trauerfeier für die ihrem Gatten, ihren Kindern und ihrer Lebensarbeit so früh entzogene Frau von Bethmann Hollweg statt. Die Kaiserin war persönlich erschienen. Der Kaiser ließ sich durch den Prinzen Eitel Friedrich vertreten, fern war zugegen der Kronprinz und die Kronprinzessin, Prinz und Prinzessin August Wilhelm, Prinz Oskar, Vertreter der deutschen Bundesfürsten, sämtliche Reichsminister und Gesandte, die Minister und Staatssekretäre mit ihren Gattinnen, die Präsidenten der Parlamente und eine unabsehbare Trauerversammlung hervorragender Persönlichkeiten aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens, insbesondere aus Kunst und Wissenschaft, der Handel- und Finanzwelt usw. Besonders stark waren auch die Generalität und das Offizierskorps

vertreten. In der Mitte der Schmalfeste des Saales war der Altar errichtet, vor dem der Erzkönig stand, geschmückt mit einem herrlichen Kranz aus weißen Rosen, dem letzten Kranz des kaiserlichen Hauses, und einer Fülle anderer Blumenkränze, insbesondere denen der nächsten Angehörigen der Berechtigten. Inoffizielle Kranzschmücker auch noch die anwesenden Räume und mitbrachten den tiefen Ernst des Trauerhauses. Die Trauerrede hielt General-Fuhrerintendant Dr. Rahufen über die von der Entschlafenen selbst gewählten Worte des 25. Psalmes: „Weite mich in Deiner Wahrheit und lehre mich; denn Du bist der Gott, der mir hilfst; täglich rufe ich Dich an. Denn feiner wird zu Schanden, der Dein harret.“ Gelänge des Königlich-Hof- und Domkapells, von der Entschlafenen ebenfalls noch selbst für diesen Zweck ausgewählt, umarmten die Feier, die voll Behmut und Weibe einen tiefen Eindruck in der Verammlung hinterließ und einen würdigen Ausdruck der allgemeinen innigen Teilnahme darstellte, die das deutsche Volk dem Kaisertraine bis in seine breitesten Schichten dem ersten Beamten des Reiches in seinem schwersten Leide zollt.

Die sterbliche Hülle der Gemahlin des Reichstagskanzlers wurde Mittwoch nachmittag nach der Trauerfeier im Reichstagspalais in aller Stille nach dem Stettiner Bahnhof übergeführt, um von dort nach Hohenzollern gebracht zu werden, wo im engsten Familienkreise die Beisetzung in der von Bethmann-Hollweg'schen Familiengruft erfolgen wird. Der Sarg stand bei der Überführung auf einem vierwärtigen Wagen, dem eine Anzahl von Kränzen folgte. Wagen mit den nächsten Angehörigen der Entschlafenen schloßen sich an. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unterm 13. Mai:

Auch heute sind im Reichstagspalais noch zahlreiche Beileidskundgebungen aus dem Reich wie aus dem Ausland eingegangen. Der Herzog und die Herzogin von Cumberland haben ihre Teilnahme übermittle, ebenso der Fürst und die Fürstin zu Schaumburg, der Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Prinz Johann Georg von Sachsen, Erzbischof von Hohenzollern, der Herzog von Meiningen, Fürst und Fürstin Wilhelmine, Fürst v. Pleh, Fürst v. Salm, Fürst zu Stolberg-Wernigerode und Fürst v. Bismarck. Auch der Senat in Wittenberg sandte ein Telegramm. Der Oberpräsident des Reichs durch den Reichsminister v. Gumboldt befanden. Auch von dem russischen Minister des Auswärtigen ging ein Telegramm ein. Die Regierungen von Spanien, Portugal und der Niederlande brachten ihre Teilnahme durch ihre hiesigen Vertreter zum Ausdruck. Der reichliche Minister des Auswärtigen v. Streitt und der frühere ungarische Ministerpräsident v. Tuzsacs sandten gleichfalls Beileidtelegramme.

Waden gegen die Aufhebung des Reutigenes.

In der zweiten badischen Kammer des Landtages, der die Beratung des Kultusgesetzes beendete, erklärte Kultusminister Dr. Wülfel wiederholt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, einer Aufhebung des Reutigenes zuzustimmen, aber bei der Auslegung des Gesetzes im Bundesrat mitwirken werde. Zur Frage der Aufhebung von Männerhörsen in Baden wies der Minister darauf hin, daß die Nationalliberalen sich hauptsächlich aus volkswirtschaftlichen Gründen gegen die Zulassung von Männerorden ausgesprochen hätten, und daß gegen eine solche Zulassung 21 scharfe Proteste bei der Regierung eingegangen seien, woran sie nicht achtlos vorübergehen könne. Er, der Minister, werde in Verhandlungen mit der Kurie eintreten und diese in friedlicher Weise führen als treuer Freund der Kirche. Götter aber als die Kirche setze ich mich nicht ein. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm die Kammer in namenhafter Abstimmung mit 49 gegen 15 Stimmen dem Gesuchentwurf betreffend Aufhebung der Reutigenes entsprechende Beschlüsse an. In diesem Entwurf sind an staatlichen Zuschüssen für evangelische Arbeiter dreihunderttausend Mark, für katholische Arbeiter 350 000 Mark und für altkatholische Arbeiter 8600 Mark vorgesehen.

Nichtlinien und Wünsche der nationalen Arbeiter.

Der Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hielt in Wodum eine fast besetzte Vertreterversammlung ab, die sich in der Hauptphase mit vorbereitenden Arbeiten für die Landesversammlung in Goerzrieden befaßte. Der Geschäftsbericht verzeichnet eine weitere starke Entwidlung der Arbeiterbewegung, die in Rheinland und Westfalen heute 165 Vereine mit rund 50 000 Mitgliedern zu ihren Angehörigen zählt. Der Vertretertag beschloß sich hiernach zunächst mit den Richtlinien, die in der Bundesratsaufstellung vom Oktober vorigen Jahres aufgestellt worden sind.

Es wird darin in erster Linie betont, daß die Bundesvereine auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsverhältnisse stehen, durch die eine gesunde Entwicklung des Arbeiterstandes gesichert ist. Auch der Arbeiterstand hat eine ruhige und stetig wachsende mit dem Volksgange, wobei indes für die besonderen Bedürfnisse des Arbeiterstandes als des wirtschaftlich schwächsten Standes in dem notwendigen Maße durch entsprechende Gesetze Sorge zu tragen sei. Im zweiten Abschnitt wird gesagt, daß die Interessen der

Unternehmer und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend seien und deswegen auf ein friedliches Zusammenwirken mit dem Unternehmer hingearbeitet werden müsse. In der weiteren Ausführung wird hervorgehoben, daß auch die Arbeitervereine auf den Ausstand zwar nicht grundsätzlich verzichtet, daß für sie aber das Mittel des Ausstandes nur von untergeordnetem Werte sei, weil es überall da nicht gebraucht werde, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterklasse zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Aufgabe der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Ausstand erwidert die Grundfragen der Erwerbslosigkeit sowie die betriebsliche Arbeits- und Interessengemeinschaft und schäme alle Beteiligten. In dieser Erkenntnis seien die Bundesvereine von der Anlegung von Ausstandsstellen ab. Schließlich wird vor allem der nationale Charakter des Bundes und seine Generellität zur Grundlage der Bundespolitik hervorgehoben.

Die beiden Richtlinien erläuterte sich der Vertretertag einmütig einverstanden. Der Vertreter der Germania-Werft wünscht eine Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung. In der Mehrzahl sprachen sich die Delegierten dahin aus, daß der Arbeitslosigkeit gegenüber durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten sowie durch die Vermehrung der Beschäftigten zu billigen Preisen entgegengetreten werden könne. Im allgemeinen komme die Frage der Arbeitslosigkeit vielfach aus, die der Arbeit nicht sehr zuzusetzen seien. In Köln habe man festgestellt, daß die Arbeitslosenversicherung hauptsächlich den Wohlgelehrten der freien Gewerkschaften zugute komme. Eine Regelung der Frage der Arbeitslosenversicherung habe man nicht für notwendig. Der Vertreter der Werke „Hollweg“ in Caternberg schloß die Besprechung der Frage des Arbeiterausbaus ab, um die Öffentlichkeit auf die Einwirkung hinzuweisen. Ein Antrag des Reichsverbandes der Arbeitervereine ging darauf hinaus, daß der Bund dem Reichstag und dem Bundesrat wegen der Abschaffung der Altersgrenze für die Reichsversicherungsordnung von 70 auf 65 Jahre vorzulegen werde. Dieser Antrag fand allgemeine Zustimmung. Von dem Untergruppenverein der Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg wurde angeregt, ob nicht trotz des Scheiterns der Einigungsbestrebungen mit dem Staat die Arbeitervereine doch noch einmal der Versuch gemacht werden solle, die Gefährdung der Bewegung wiederherzustellen.

Kleinere politische Nachrichten.

Die Breslauer Volksbewegung.

Die „Schlesischen Volkszeitung“ wird aus Berlin gemeldet, daß das Breslauer Volkspartei die königliche Staatsregierung von seinem Beschlusse benachrichtigt habe, die Volksbewegung in Breslau am 27. Mai vorzunehmen.

Prinz Eitel Friedrich Kommandeur der Sitten-Orden?

Wie bestimmt verlautet, tritt Oberst von Baumgarten unter Förderung des Großherzogs von Baden in den Rang eines Kommandeurs des Sitten-Ordens auf. Prinz Eitel Friedrich von Preußen, der Wechsel soll sich bereits im Verlauf der nächsten Woche vollziehen.

Der Reichstagsminister wird sich, wie verlautet, bei der zweiten Beratung des Staats- und Kultusministeriums am 15. d. M. in dem Reichstag über die Aufhebung der Reutigenes zu äußern. Der Reichstagsminister wird sich, wie verlautet, bei der zweiten Beratung des Staats- und Kultusministeriums am 15. d. M. in dem Reichstag über die Aufhebung der Reutigenes zu äußern.

Ein konservativer Antrag zur Altersfrage.

Die konservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Beratung des Gesetzes über die Altersgrenze für die Reichsversicherung einen Antrag eingebracht, der eine gesetzliche Regelung der Frage der Altersgrenze in der Weise vorschlägt, daß die Altersgrenze ohne besonderen Antrag eine Verschiebung erfahren wird, die nach dem neuen Pensionsgesetz zu bestimmten Punkten festgesetzt wird.

Prof. Dr. und seine Anhänger.

Als Professor Prof. Dr. am Dienstag im Auditorium Maximum der Berliner Hochschule seine Vorlesungen wieder aufnahm, wurde er mit stürmlichem Beifall begrüßt. Prof. Dr. hielt eine Ansprache, in welcher er u. a. sagte:

„Der Tag wird kommen, an dem Ihnen volle Gewissheit darüber gegeben wird, wo die Ursachen zu finden sind, wodurch unter heutigen Verhältnissen die Bedeutung eines Mannes in der Zusammenkunft nicht hat und nicht haben konnte. Unter allen meinen Zukünftigen, die ich persönlich kenne und als Charaktere schätzen gelernt habe, ist nicht einer, zu dem ich nicht das selbe Vertrauen hätte, daß er in seinem späteren Leben in einer ähnlichen Situation sich genau so verhalten würde, wie ich mich verhalten habe.“

Vertagung der Dampfschiffahrt auf dem Starnberger See.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten stimmte einstimmig der Nachtragsforderung der Regierung zu, wonach die Dampfschiffahrt auf dem Starnberger See vom 1. Januar 1915 ab vertagt wird.

Die mexikanischen Wirren.

Die chaotischen, der amerikanischen Geschäftsträger in Mexiko, hat dem Vernehmen nach dem Präsidenten Wilson in einer längeren Besprechung berichtet, daß die unter Huertaa's persönlicher Weisung stehenden Truppen weit überhäuft würden und tatsächlich nur vier- bis sechsstündigen Mann stark seien. Dies stimmt mit Nachrichten aus anderen Quellen überein, nach welchen Huertaa's Gold über See flieht, um für die Möglich-

Zeit einer Verbannung gerichtet zu sein. O'Shaughnessy scheint auch das letzte verbreitete Gerücht gehört zu haben, daß Generali die Hauptstadt zu verlassen plane, um den Westteil des Landes vor dem feindlichen Vordringen in Puebla, halbwegs nach Veracruz, zu lassen und bereits begonnen habe, diesen Platz zu besetzen und mit Lebensmitteln zu versehen. Der Gefährtsführer habe auch die Meinung geäußert, daß jede Regierung in Mexiko Bestand haben werde, die von den Vereinigten Staaten gestützt würde.

Präsident Wilson hat einer Abordnung von Beteiligten des Oberbezirks von Tampico erklärt, er werde, sobald eine der mexicanischen Parteien dort im Alleinbesitz sein würde, dieser Vorstellungen wegen Schutzes der Delinquenten und für die Rückkehr der amerikanischen Angehörigen zur Vorfahrt für die Delinquenten machen.

Am 13. Mai ist eine weitere Gruppe von 200 Flüchtlingen aus der Hauptstadt in Veracruz angekommen, die dort aus verschiedenen Gegenden des Innern zusammengekommen waren; die meisten sind Bergleute aus Nordamerika.

Nach einer Devisen des Admirals Mayo wurde das letzte Feuergefecht bei Tampico am Mittwoch wieder aufgenommen. Die konstitutionalistischen erwarteten, daß Tampico am Mittwoch fallen würde.

Mitte April wurde aus Mexiko gemeldet, daß im Staate Sonora ein Deutscher, namens Radde, von Aufständischen gefangen und nach Norden gebracht worden sei. Nach neuerdings eingelaufenen Berichten befindet sich Radde in Freiheit.

Ausland.

Ueber das Befinden des Kaisers Franz Josef

befragt der gestrige Abendbericht: In den katartholischen Erklärungen läßt sich bei Seiner Majestät keine bemerkenswerte Veränderung verzeichnen. Der übrige Befund ist noch wie vor zufriedenstellend. Der Kaiser hat die gewöhnlichen Empfänge abgehalten.

Der Marineausflug der Ungarischen Delegation

verhandelte über das Marinebudget. Der Marinekommandant erklärte, daß die nächsten fünf in Aussicht genommene Schiffe 24.500 Tonnen Gewicht und zehn 35-Zentimeter-Geschütze haben würden. Oesterreich-Ungarn könne jetzt den Vergleich mit allen Kriegsschiffen aller Seemächte ausmachen, ausgenommen den allerletzten Typ, aufnehmen. Was den Wunsch nach Feststellung des Flottenprogramms betreffe, so sei die Marineleitung in dieser Hinsicht auf das Vorgehen der beiden Regierungen angewiesen.

Aus Albanien.

Bedeutliche Wendung in Albanien.

Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Durazzo gemeldet wird, hat die internationale Kommission zur Festsetzung der Nordgrenze Albanien infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Delegierten Italiens und demjenigen Frankreichs, der sich übermäßig zugunsten Montenegros verhalten, ihre Arbeiten eingestellt. Die Kommission soll bereits nach Skutari zurückgekehrt sein.

Wenn diese Angelegenheit nicht wieder ins Lot gebracht wird, kann die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan wieder eine sehr bedenkliche Wendung nehmen.

Die Albanen rüden vor.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Durazzo: Der Wirtin fürst Bib Doda Pascha ist hier eingetroffen. 4000 Mann seines Stammes befinden sich auf dem Marsche nach dem Süden. Die Geistlichen begleiten die Freiwilligen in den Krieg. Weitere 6000 Nordalbanen werden dieser Tage nach dem Süden gehen.

Die Unzufriedenheit des serbischen Offizierkorps.

In der serbischen Hauptstadt wurde über eine Anfrage wegen der Unzufriedenheit im Offizierkorps verhandelt. Draskowitsch (Zingraf) führte aus, noch bevor die Offiziere mit der Regierung unzufrieden gewesen wären, sei eine Unzufriedenheit der Regierung gegenüber den Offizieren wahrnehmbar gewesen; die Regierung habe noch während der Kriegserklärung die Serbische Armee für die Bulgaren bei der Belagerung Adrianopels geleitet. Inwiefern für die angeblich geringe Abzahlung gegen den Überfall von Bulgariens Seite vom 30. Juni und gegen den Einfall der Albanen verantwortlich gemacht. In der öffentlichen Meinung Serbiens habe die Regierung einen Feldzug gegen das Offizierkorps angestreift. Der Redner beantragte eine Tagesordnung, in der die Notwendigkeit der Eintracht im Heer und der Vorrangstellung der Zivilgewalt betont wird. Ministerpräsident Palitch erwiderte, für die Haltung der serbischen Presse trage die Regierung keine Verantwortung. Zwischen Offizierkorps und Regierung habe stets das beste Einverständnis bestanden, gerade die radikale Partei habe dem Heer ihre größte Fürsorge zuwenden.

Kämpfe zwischen Serben und Bulgaren.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Saloniki: Bulgaren Komitassen verübten in Dobruna einen Raub und morden Wunden gegen öffentliche Gebäude, die stark beschädigt wurden. Große bulgarische Verbände haben eine serbische Truppenabteilung angegriffen und derselben erhebliche Verluste beigebracht.

Kämpfe in Maroffa.

Aus Taza wird gemeldet, daß die französischen Truppen nach einem sehr harten Kampfe das von Schudun durchdrungene Gebirge überschritten haben, in dem der Scheich Gohami starke Streitkräfte der Koma und auf Zusammengegangene hatte. Die Stellung ist genommen und der Feind zerstreut worden. Er hat zahlreiche Tote und Verwundete zurückgelassen. Gohami befahl die im vorigen Jahre die Aufständischen, welche bez belagerten. General Gouraud wird sich nach Taza begeben, um mit General Rautes zusammenzutreffen. Die

eingenommene Stellung liegt vier Kilometer vom Lager am Ued Amrit entfernt.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Union und Japan.

Der Geheimrat von Japan hat den Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Unionisten und Japan bekräftigt.

Gerichtliches Verfahren gegen die Besatzungen in Japan.

Der Prozeß gegen Kapitän Sazuimi im Zusammenhang mit dem Besetzungsfällen in der Marine hat vor dem Kriegsgericht begonnen. — Die Untersuchungskommission, die sich mit den Maßnahmen der Firma Armitrona-Vidiers befaßt, hat nicht den geringsten Anhalt gefunden, daß Besatzungen vorgekommen seien.

Chilienische Finanzen.

Aus Santiago de Chile wird gemeldet: In der Kammer erklärte der Finanzminister, daß die Einnahmen im Jahre 1910 mit 32 Millionen und die Ausgaben mit 32 Millionen Betos berechnet wurden. Bei den Eisenbahnen und einigen anderen Kapiteln würden die Ausgaben die Einnahmen um 3 Millionen übersteigen. Der Schlüsselpunkt würde durch Erparnisse am jetzigen Budget gedeckt werden. Am 20. März habe die Regierung über 21.700.000 Betos Papiergeld und 2 Millionen Goldverloren. Der Konterseignofonds für Papiergeld habe 190 Millionen in Gold erreicht.

Vermishtes.

Rein Wettrennen zwischen „Waterland“ und „Maurelania“.

Angeht der in englischen Wätern verarbeitete Bericht, daß zwischen dem Dampfer „Waterland“ und dem Dampfer „Maurelania“, die beide am 26. Mai von West-Port abgehen, ein Wettrennen über den Ozean stattfinden werde, legt die Hamburg-Amerika-Sinie Wert darauf, festzustellen, daß diese Gerüchte selbstverständlich auf reiner Erfindung beruhen; abgesehen davon, daß übrigens zwischen den Abgangszeiten der beiden Dampfer ein Zeitunterschied von etwa zehn Stunden liegt und bei dem Bau des Dampfers „Waterland“ gar nicht die Erzielung eines solchen Geschwindigkeitsrekords im Auge lag, wie bei der „Maurelania“ hat. Die Kapitäne der Hamburg-Amerika-Sinie haben außerdem strenge Befehle, sich niemals auf sogenannte Wettfahrten einzulassen.



Wieder ein Fall von Unzufriedenheit.

Wie aus Sredobrot (Koujina) gemeldet wird, ist ein Regier, der unter der Besatzung, sich gegen ein gebührendes weises Verhalten betrogen zu haben, im Gefängnis gefangen worden war, von der empörten Volksmenge erlöset worden. Etwa tausend Personen brangen am heiligen Tage gewaltsam in das Gefängnis, schleppten den Regier auf die Straße und hängten ihn an einer dem Gerichtsgebäude gegenüber befindlichen Telefonstange auf.



Feigenhäute Explosion. Durch eine Explosion in dem Kohlenhauborräumraum der Luftschiffahrt Salzgitt in Finsterwalde sind fünf Arbeiter schwer verletzt worden.

Ein verhängnisvolles Geschehen. In Lublin fandente ein älterer Knabe dem eilfährigen Knaben Kosmann und zwei anderen ein in West-Port abgegangenes Schiff an. Die Knaben sollten es an einem Steg verschlagen, dann würden sie ein Spielzeug erhalten. Kosmann tat dies, das Schiffen explodierte und der Jubenndau — fand seinen Tod. Die beiden anderen wurden schwer verletzt. Der jugendliche Verbrecher entkam. Die Untersuchungen im Verlauf. Das von Wiener Anwalt heißt, meldet aus West-Port, über die Graufameiten, die die Epitroten berührt haben, werden immer mehr auf die Einzelheiten bekannt. In den Orten Cobra, Sormora und Betti, von den albanischen Truppen, als sie diese Orte besetzten, zu beiden Seiten der Straße Männer von den albanischen Truppen gefangen worden und ermordet worden. Unter dem zweihundert, die in Cobra gefangen wurden, befanden sich Männer, Frauen und Kinder, die fürchtbar verstümmelt waren. General de Beer hat an die internationale Kontrollkommission ein Telegramm geschickt, in dem es heißt, der Gouverneur von Tepelen hat die Gerichtshormone befolgt, die von den Griechen gerichtet wurde. Er teilte mit, daß er dort über zweihundert Leichen von Dorfwohnern gefunden hat. Alle Dörfer, die von der albanischen Gendarmerie den Epitroten entrückt wurden, sind geplündert, zerstört und niedergebrannt worden. Der Herr hat die Epitroten, die räumten. Das Ganze die einen Trümmerhaufen in Flammen und Rauch.

Untergang eines Dampfers. Der Dampfer „Turrit Sill“ aus Newcastle ist auf der Höhe von Southwold untergegangen. Der erste Matrosen wurde gerettet. Es wird berichtet, daß die übrigen 14 Mann der Besatzung ertrunken sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Frühste Entlassung eines Krankentatzenarzes.

Nach § 229 Preussischer Gesetzbuch ist der Dienstherr zur sofortigen Freisetzung des Krankentatzenarzes verpflichtet, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Es ist aber das Dienstverhältnis noch längere Zeit fort, obwohl er von einem wichtigen Grunde, der ihn zur sofortigen Auflösung des Dienstverhältnisses berechtigt haben würde, Kenntnis hatte, so liegt darin ein Verstoß auf die geltendmachende dieses Abgangsgrundes, wenn nicht der Dienstherr seine gegenwärtige Abfuhr durch Erklärungen gegenüber dem Angestellten zum Ausdruck gebracht hat. In diesem Sinne hat sich jetzt das Reichsgericht anlässlich folgenden Rechtsstreites ausgesprochen: Durch Vertrag vom 24. September 1910 ist der preussische Arzt Dr. A. von dem Krankentatzenarzte Dr. C. am 1. Oktober 1910 abgetreten und der seit dem 1. Oktober 1910, 30. September 1915 gegen ein Gehalt von 6000 Mk. jährlich angestellt worden. Der Kassenverband hat ihm am 12. April 1912 den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungspflicht gekündigt. Dr. A. hält die Entlassung nicht für gesetzlich. Er hat deshalb gegen den Kassenverbandstand seinen inangeführt, als ein Punkt fällt, gemauerten Gehalt einzufordern. Der beklagte Kassenverband macht gegen die Klage geltend: er sei zur Entlassung des Klägers wegen wichtigen Grundes nach § 229 Preuss. berechtigt gewesen; der Magistrat zur Halle habe ihm durch zwei Schreiben vom 3. Februar 1911 und 11. April 1912 darauf aufmerksam gemacht, daß der Kassenverband seinen früheren Stellung als Kassenarzt in W., wegen einer Reihe großer Nachlässigkeiten, die durch rechtskräftige Urteile festgesetzt seien, fristlos entlassen worden sei. Landgericht Halle und Oberlandesgericht Raumburg haben die Klage abgelehnt. Auf die Revision des Klägers hat aber das Reichsgericht am 16. Januar 1915, die Revision des Beklagten am 25. September 1915 das Oberlandesgerichts zurückgewiesen. In der Urteilsbegründung des Reichsgerichts wird u. a. ausgeführt: Das Oberlandesgericht meint, die Angaben in dem Magistratsbescheid vom 3. Februar 1911 seien zu allgemein gehalten gewesen, der Beklagte habe zuwarten dürfen, bis ihm die rechtskräftigen Urteile bekannt würden. Der Kassenverband nachgewiesen worden sei, die Nachlässigkeit sei ihm erst durch das Magistratsbescheid vom 11. April 1912 erbracht worden; nun habe der Beklagte nicht mehr abgewartet, sondern am folgenden Tage bereits gekündigt. Diese Erwägungen beachten nicht, daß das

Verhalten des Beklagten nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Rechtskraft zu beurteilen ist (§ 242 BGB.). Mit ihm Grundvertrag es sich nicht, daß der Dienstherr, der von einem Entlassungsgrund erzählt, das Dienstverhältnis stillschweigend fortsetzt, um nach Jahr und Tag, ohne irgendwelche neue Veranlassung, plötzlich den vor weit zurückliegenden Entlassungsgründen heranzuziehen. Der Beklagte hat bereits durch Gestalten vom 5. Februar 1911 die amtliche Krankentatzenarzte, daß der Kläger nach einstufiger Anfuhr der Mitgliederberufung durch die Krankentatzenarzte, um einen so unerlässlichen Zustand durch seine Nachlässigkeit geschaffen habe, daß seine sofortige Entlassung geboten erfordere. Der Beklagte hatte alle Veranlassung, an die Berechtigung dieses Angelegenheit der Krankentatzenarzte, zu glauben, da eine ganz große Beschäftigung ihm durch ein rechtskräftiges Urteil nachgewiesen war und er schon bei der Anstellung des Klägers nicht damit rechnete, einen besonders tüchtigen und zuverlässigen Arzt zu bekommen. Wollte der Beklagte aus den drei Nachlässigkeiten einen Entlassungsgrund hernehmen, also jene Angelegenheit als wichtig genug zur Lösung des Vertrages betrachten, so hätte er dem Kläger gegenüber vor einer Kündigung dahin schreiben müssen, daß er sich durch Jucken nichts begeben wolle. Der Beklagte hat nach seiner eigenen Darstellung nichts getan. Das Oberlandesgericht erklärt das ganze Verhalten des Beklagten damit, daß er, im Kampf mit dem Kassenverband, die Sache nicht so genau haben nehmen können. Der Dienstherr, welcher von einem Entlassungsgrund Kenntnis erlangt, braucht allerdings nicht sofort die Kündigung auszusprechen; es muß ihm Zeit zur Überlegung und Erfindung gelassen werden. Es darf jedoch das Verhalten des Dienstherrn nicht ein solches sein, daß er die Zeit benutzt, um sich über die Verhältnisse nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Rechtskraft als ein Verstoß auf die Geltendmachung dieses Grundes verhalten zu lassen. Diese Seite der Sachlage hat das Oberlandesgericht verkannt. (111. 71/14. — 20. März 1914.)

Der Fall Brestsch.

An dem Zivilprozeß des hiesigen Landtagsabgeordneten Brestsch aus Neustadt (Sarb) gegen den Rechtsanwalt v. Harder wurde vom Landgericht Mannheim ein Urteil gefällt. Harder hat am Brestsch 18.000 Mark nebst 4 Prozent Zinsen ab 1. Februar 1914 zu zahlen und sich außerdem jeder Verwaltungsverweigerung als einem argentinischen Brestsch ohne Zustimmung des Brestsch zu enthalten.

General Reim verurteilt. — Wetterle bebt.

Das Schöffengericht zu Kolmar i. Gf. verhandelte gestern in der Privatloge des Abgeordneten Abgeordneten Brestsch, die Direktoren des „Nouvelles d'Alsace-Lorraine“ und des „Revue des Alsaciens“ gegen den Reichstagsabgeordneten General A. D. Reim, wegen des von diesem im „Tag“ veröffentlichten Artikels „Schnitz und Schiffer“. Der Beklagte wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. Das Urteil hat die von ihm geäußerten Ausdrücke als beleidigend angesehen, wenn auch andererseits der Beweis als erbracht angesehen wird, daß Wetterle bebt. Der Vertreter des Beklagten hat Berufung eingelegt.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 14. Mai.

Gemeindeverordneten in Kietzen. Am 11. d. M. fand eine öffentliche Gemeindeverordnetenversammlung statt. Der Vorsitz hatte Kenntnis von dem vorliegenden Fall, der die Einnahme eines Steuerpflichtigen eine Steuerquittung gefordert hat. Der Vorsitzende warnte ausdrücklich vor ähnlichen Verbrechen, da er für die Folge in jedem Falle die betreffenden Personen dem Gericht übergeben würde. Nach § 229 Preuss. Gesetzbuch ist die Einnahme eines Steuerpflichtigen, der eine öffentliche Urkunde als erbracht angesehen wird, daß Wetterle bebt. Der Vertreter des Beklagten hat Berufung eingelegt.

Legte Telegramme.

Nach keine Einigung in der Besoldungsfrage.

Berlin, 14. Mai. Zu einer Einigung in der Frage der Besoldungsfrage ist es im Reichstag noch nicht gekommen. Heute werden sich die Fraktionen erneut mit der Sache befassen, worauf die Fraktionsvorsitzenden wiederum aufzutreten sollen. Die Ausichten für eine Uebereinkunft werden als sehr unglücklich beurteilt. Das die greifliche Regierung die Besoldungsfrage nicht als sicher angenommen werden, daß die Staatsregierung nach wie vor entscheidenden Wert auf die Verabschiedung des Besoldungsfrage legt. Die fraktionelle Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, für den Fall der Nicht-Verabschiedung der Besoldungsfrage die Mittel für die Dienstfunktionsbeholdung den Beamten im Etat als nicht dienstfähige Zulage zu gewähren.

Frühe in der Solinger Waffenindustrie.

Solingen, 14. Mai. Das Ende des Kampfes in der Waffenindustrie wird als nahe bevorstehend angesehen, wenn die Einigungsverhandlungen einen günstigen Ausgang nehmen, die der Oberbürgermeister neuerdings angeht hat.

Zum Untergang des Kohlenbampfers „Turrit Sill“.

Bonn, 14. Mai. Nach dem „Vol.-Anz.“ ergriffte der einzige Ueberlebende des auf der Höhe von Southwold gesunkenen Kohlenbampfers „Turrit Sill“ am 13. d. M. im 3. M. die Angelegenheit des Untergangs und schlug um. Die an Bord aufher befindlichen zwölf Personen, darunter der Kapitän und dessen kleiner Sohn, sind und sind anwesend alle ertrunken. Er, der einzige Ueberlebende, schwamm nach einem Boot, das er fortgesetzt hat, wurde von einem belgischen Dampfer aufgenommen. Die Ursache des Untergangs ist noch unklar. Nach der einen Bericht soll ein Felsbrock mit dem Dampfer zusammengestoßen sein, nach einer anderen sei der Dampfer infolge der Beschädigung seines Schwergewichts gesunken.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. Mai 1914.

Am Bundesratsstische: Müller, Dr. Solf, Präsident Dr. Raempp eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.

Vor der Tagesordnung erklärte Abg. Dr. Heilmann (Soz.): Der Herr Abg. Erzberger hat gestern gesagt, daß die Staatsbankrottatistik zweimal erklärt hat, gegen die Firma Goetz nicht einzuweisen zu können. Ich habe in meiner Rede am Montag dies ausdrücklich erwähnt. Letztlich schwebt noch ein Verfahren gegen die Firma. Ich habe meine Angriffe gestützt auf sündliche Aussagen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Ich habe nur konstatiert, daß die Berliner Staatsbankrottatistik es zweimal ablehnte, einzuweisen, nachdem sie die betreffenden Belegen darüber vernommen hat. Ich habe meiner getrigen Bemerkung nichts hinzuzufügen.

Die Spezialberatung des Etats für das Schutzbereich Kamerun wurde bei der allgemeinen Beratung zum Gehalt des Gouverneurs fortgesetzt.

Abg. Freiherr v. Heckenberg (Ztr.): Politische Gründe waren es nicht, die zur Entzweiung der Duala führten, vielmehr waren es hygienische. Die Grundlage dazu bot ein Befehl des Reichstags, für die Umföbung eines Teils der Duala eine bestimmte Summe auszuwerfen. Die hygienischen Verhältnisse in Duala waren wirklich recht bedenklich. Die Weibung ist wandelbar wie jede Witterung. So ist die Bekämpfung der Malaria verschieden gelaufen je nach der Mächtig der Ärzte. Entschieden man sich dafür, daß die Güter der Neger sanitär schädlich sind, dann muß eine Trennung von Weissen und Schwarzen stattfinden. Die neue Siedlung muß einen Schiffahrtsweg bekommen. Welches Gebiet sich für die Europäer eignet und welches für die Neger, ist nur an Ort und Stelle zu entscheiden. Jedenfalls müssen wir den Eingeborenen im Interesse des wirtschaftlichen Verkehrs den Zugang zum Fluße verschaffen. Auf dem Schutzbereich von 1 km dürfen Wohnhäuser weder für Weisse noch für Eingeborene gebaut werden. Wärd der Reichstags war jeder falls die Eingeborenen bei der Siedlung voll zu berücksichtigen. Der Grund- und Bodenwert hat sich gesteigert. Man wendet sich nun dagegen, daß die Dualas Spekulation betrieben haben. Man verlangt da von den Negern etwas Unmögliches; auch bei uns wird doch bei Wohnbauten um die Wertsteigerung mitberücksichtigt. Ich habe zu dem Kolonialamt das beste Vertrauen, daß es das Richtige finden wird; für jetzt bitte ich, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Abg. Meinath (Natib.): Das Schutzbereich Kamerun hat sich erfreulich entwickelt, aber die Auskosten für die nötige Zukunft sind nicht zu unterschätzen. Das Kaufmanns-Gebiet bringt noch keine Einnahmen. Besonders wird die

Bekämpfung der Schlafkrankheit

große Opfer fordern; eine erfolgreiche Bekämpfung ist aber unmöglich ohne Vereinbarung mit den Nachbarstaaten zum Zwecke einer gemeinsamen systematischen Bekämpfung. Die Entzweiung der Duala ist eine Staatsnotwendigkeit. Die Duala haben ihr Handelsmonopol bisher aus nützlichste Ausgenutzt. Eine gründliche Sanierung Dualas ist unzulässig ohne die gründliche Trennung von Schwarz und Weiß. Es ist interessant, daß gerade die Kolonialdemokraten gegen die Entzweiung wendet. Diese ist doch immer dafür, wenn es sich um die Verstaatlichung des Verkehrs und Beseitigung der Vergregale handelt. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Sie haben ja gar keine Lösung! und: Unfinn!) Präsident Dr. Raempp: Es ist eben der Jurur: Unfinn! Wenn Sie nicht feststellen, wer es war. (Lärm des Abg. Senke: Ich war es!) Dann rufe ich den Abg. Senke zur Ordnung an.

Abg. Meinath (Natib.) fortfahrend: Wir unterstützen den Antrag der Kommission, mit dem entzweiten Land nicht den Weissen als Exportmonopol überlassen wird. Bei der Durchführung der Entzweiung darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß es sich um eine Maßnahme handelt, Duala zum Mittelpunkt des Handels und des Schutzbereiches zu machen.

Abg. Dr. Brabant (Hörsf. Vpt.): Den Schwören darf man nicht das Recht nehmen, sich an den Reichstag zu wenden. Die Verwaltung hat die Beschlagnahme des Telegramms gemißbilligt. Das hätte sie auch offen ausdrücken müssen. Die Entzweiung ist notwendig und sie muß durchgeführt werden. Unter allen Umständen müssen die Eingeborenen angesehener entschädigt werden. Die Sanierung Dualas ist für uns Deutsche von der größten Wichtigkeit, weil wir in der Kolonie einen wertvollen Besitz haben. Zu Verantwortlichen sollte man ältere, erfahrene Leute wählen. Um übrigen kann man das Urteil des Staatssekretärs über Kamerun nur unterbreiten.

Abg. v. Böhlenhoff-Röhlpin (Deutschf.): Aber die Art der Sanierung und Entzweiung von Duala herrscht unter den bürgerlichen Parteien Einigkeit. Wir alle wissen, daß mit der größten Vorsicht, ohne schwere Eingriffe in die übergebenen Verhältnisse vorgegangen wird. Auch ich möchte mich den Wünschen an, daß der Ausbau des Eisenbahnes mit größter Anspannung gefördert werden möchte.

Abg. Dr. Arendt (Hpt.): Was wir in Duala unternehmen, entspricht völlig dem Vorgehen anderer Kolonialmächte. Duala muß zum Knotenpunkt von Handel und Wandel gemacht und auch der Sitz des Gouverneurs muß dorthin verlegt werden.

Vizepräsident Dr. Baasche schlug vor, die namentliche Abstimmung über den Antrag des Herrn v. Böhlenhoff-Röhlpin für die Duala im Reichstagsbeschlusse vorzunehmen, da der nächste Redner, der Staatssekretär des Reichskolonialamts, eine längere Rede zu halten beabsichtigt. Die Abstimmung ergab die Ablehnung mit 268 Stimmen gegen 75 bei einer Stimmenthaltung. Mit der Mehrheit, bestehend aus der Linken und dem Zentrum stimmte auch ein Teil der Nationalliberalen.

Staatssekretär Dr. Solf: Zur Abgrenzung der Rechte der Eingeborenen und der Deutsch-Weißafrikanischen Handelsgesellschaft bezüglich der Handelsverträge wird eine Sonderkommission ernannt werden. Über die Expedition nach Neu-Kamerun vom April 1913 kann erst im nächsten Jahre berichtet werden.

Feldwebers Siebertsen, ehrend gedenken. Die neu erworbenen Teile sind durchaus wertvolle Gebiete: im Süden haben wir fruchtbares Hochland mit einem glänzenden Hafen und im Osten ein außerordentlich bevölkertes Land. Die Schlafkrankheit in diesen Gebieten ist eine schwerüberwindliche Seuche. Die Engländer haben vieles erreicht durch Verpflanzung von Dörfern. Ich bitte Sie, möglichst große Mittel für diese Zwecke zu bewilligen. Nun zur Duala angelegentlich. Eine Konferenz mit den Häuptlingen habe ich abgehalten; mit dem ganzen Volke wollte ich verhandeln. Da hat mir Manga Well als Vorkämpfer eine glänzende Rede gehalten. Er konnte sogar hier auftreten. (Große Heiterkeit.)

Er sagte mir: Was immer Du auch sagen magst, wir werden gehorchen. Du kannst Dir auch was denken, und mein Volk wird ebenfalls gehorchen! Das brachte mir eine Hoffnung, daß die schwierige Duala-Angelegenheit aus der Welt geschafft werde. Ich habe die alten und die neuen Gebiete befragt. Ich kenne die Tropen und ihre Wässer und vertutue nichts. Der hier weilende Gouverneur war ebenso überfragt über die Vorkommnisse, wie ich. Neue Argumente hat Rechtsanwält Galbert, dessen erste Eingabe außerordentlich geschickt war, in seinem zweiten Schreiben nicht vorbringen können. Statt Laßaden brachte er nur Verdächtigungen und ist sogar geistig handgreiflich geworden. (Heiterkeit.) Das Telegramm, das nicht bestellte Arbeiter des Honorar Galberts habe ich nun genannt, um zu charakterisieren, daß die Neger so reichliche Mittel haben, um ohne weiteres 8000 Mark flüssig machen zu können. Bisher sind keine Duala ausgewandert. Die Zahl der Steuerabgaben nimmt zu. Wir geben bei der Entzweiung den Eingeborenen anstelle des Stammesbesitzes individuelles Eigentum. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen das gerade umgekehrt machen, wenn Sie entzweiigen, falls Sie es können. Die Kamala werden ausgebaut werden. Die Entschädigungen sollen möglichst voll geleistet werden. Das Prinzip: Weissen und Eingeborenen soll es gut, nur nicht durcheinander. Wir brauchen einerseits die schwarzen Diener, andererseits müssen wir die weißen Millionäre in der Eingeborenenkolonie wohnen. Die Dualas werden in kurzen aufziehen sein, und die Weissen werden uns danken, weil heute die Grundlage zu dem größten Westafrika Afrika gelegt wird, über dem die deutsche Flagge wehen soll, und die Dualas werden sie nicht herunterziehen. (Wohlfahrter Beifall.)

Abg. Davidohn (Soz.): Die Eingeborenen pflegen seit mehreren Jahrhunderten ihre Asten unter ihren Wohnungen zu bestatten. Wenn sie nun entzweiigt werden, vertritt man sie von diesen ihnen liegegeborenen Stätten. Die Sanierungsbestrebungen der Regierung erscheinen in einem sonderbaren Lichte, wenn es dort, wo einheimische Arbeitskräfte gebraucht werden, gestattet sein soll, bis zu 50 Eingeborenen in einem Raum aufzunehmen. Die Dualas sollte Gelegenheit gegeben werden, hier im Mutterland ihre Wäntche und Weidmorden vorzubringen.

Ein Schlußkontrag wurde angenommen. Der Etat für Kamerun wurde bewilligt. Die Resolution der Budgetkommission zur Dualafrage wurden angenommen. Die Petitionen wird in dritter Lesung abgehandelt werden. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Kleine Etats; kleinere Vorlagen; Etat des Auswärtigen Amts, des Reichskonglers und der Reichsanstalt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 13. Mai 1914.

Am Regierungstische: Dr. v. Trost zu Solt, Vizepräsident Dr. v. Krause eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Beratung des Kultusetats wurde fortgesetzt im Kapitel Kunst und Wissenschaft.

Abg. Dr. Kunze (Hörsf. Vpt.): Wir dürfen die neue Berliner Bibliothek als das hervorragendste Bibliothekgebäude der Welt bezeichnen. Das Gebäude weckt die Erinnerung an zwei um das Vaterland hochverdiente Persönlichkeiten, an Fichte und Karl Gutzkow. Die Bibliotheksdirektor wünschen eine andere Bezeichnung; man könnte den Titel „Wärdertempel“ wählen.

Abg. Dr. Wagner (Hörsf. Vpt.): Ich bitte am Königl. Meteorologischen Institut zu Berlin die etatsmäßigen Observatorienstellen zu vermehren.

Abg. Gichhoff (Hörsf. Vpt.): Die Akademie in Posen könnte mit einer philosophischen Fakultät und einer evangelischen und katholischen Fakultät bedacht werden. Die Gehaltsverhältnisse der Dozenten lassen auch zu wünschen übrig.

Abg. Küster (Natib.): An der Akademie in Bosen ist der Beschlus für russische Geschichte und Landeskunde verabsagt und ebenfalls der Beschlus für deutsche Literatur. Ich bitte, daß der Minister hier nach Möglichkeit Abhilfe schafft.

Bei den Ausgaben zur Unterhaltung der staatlichen Stelle für Naturdenkmäler in Preußen mit dem Sitz in Berlin lag der Antrag Graf-Winckler (Natib.) vor, die Regierung zu ersuchen, noch in diesem Jahre einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein härterer Schutz der Strand- und Wälderögel, sowie solcher Vögel, die von der Ausrottung bedroht sind, gewährleistet, als auch die Verwendung barbarer Jagdmethoden verboten wird.

Abg. Graf-Winckler (Natib.) gab eine sehr ausführliche Begründung des Antrages, die aber für die Kritik bei der letzten Stimme des Redners und der großen Unruhe des Hauses fast vollständig verloren ging.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Dr. Schmidt: Ich kann zu dem Antrage namens der Staatsregierung nicht Stellung nehmen, da an der Materie auch die landwirtschaftliche Verwaltung beteiligt ist. Die Staatsregierung bringt den Darlegungen des Vorredners volles Verständnis und Interesse entgegen. Zwischen den beteiligten Ministerien stehen darüber sehr lang Zeit Verhandlungen. Es kommt dabei auch die Abgrenzung der Grenzen des Reiches und der Einzelstaaten in Betracht. In Preußen ist indes auch schon mondes im Sinne des Antrages gegeben, so für Belgeland.

Abg. Senke (Hörsf. Vpt.): Ein besserer Schutz der

Naturdenkmäler kann nur durch gesetzliche Maßnahmen erreicht werden. Heimatschutz, Denkmalschutz und Naturdenkmalschutz greifen ineinander; man müßte dahin wirken, die gesamte Denkmalschutz in eine Hand zu legen.

Abg. Bellin (Ztr.): Wir stimmen den Anträge zu. Wir begrüßen die Naturdenkmalschutz und die Maßnahmen zum Schutze der einheimischen Vogelwelt. Die Schule muß sich hier auch gleichfalls annehmen. Durch Anweisung von Erhaltungsmitteln müssen die Kinder mehr als bisher die einzelnen Vogelarten kennen lernen und auf die Nützlichkei ihrer Erhaltung hingewiesen werden.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Ztr.): Wir begrüßen es, daß in neuerer Zeit Schriftsteller sich der bedrohten Vogelwelt angenommen haben. Auf diese Schriften möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung besonders lenken.

Abg. Münterberg (Hörsf. Vpt.): Dem Leiter der staatlichen Unterhaltungsstelle der Naturdenkmalschutz muß ein fähiger, wissenschaftlich vorgebildeter Assistent zur Seite gestellt werden. Auch für die Instandhaltung der Naturdenkmäler muß eine handige Kraft vorhanden sein.

Abg. Graf v. Wilmow-Wollendorf (Natib.): Der Vogelhandel müßte eingeschränkt oder verboten werden. Kommen wir einmal zu einer Revision der Jagdordnung, so würde ich eine Schonzeit für die Wälderögel eine in der Weise wie für die Heblühner empfehlen. Die Strand- und Wälderögel bedürfen überhaupt eines größeren Schutzes. Eine Kontrolle des Gewerkefalls ist absolut notwendig; ebenso eine Kontrolle der Wälderögel. Es ist nicht richtig, daß die Großgrundbesitzer sich den Bestrebungen zur Unterhaltung der Naturdenkmäler widersetzen. Gerade sie sind es, die sich ein großes Verdienst in dieser Beziehung erworben haben.

Der Antrag Graf-Winckler wurde einstimmig angenommen.

Bei den Ausgaben zur Unterhaltung des Landesausstellungsgebäudes in Berlin und seiner Nebenanlagen bemerkte

Abg. Dr. Kunze (Hörsf. Vpt.): Das Landesausstellungsgebäude sieht etwas schon 30 Jahre, und es wird notwendig, daß man es den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechend umgestaltet. Ich bitte den Minister, die Vorarbeiten für ein neues Ausstellungsgebäude möglichst bald in die Wege zu leiten.

Bei den Ausgaben für musikalische Zwecke, Verbesserung der Kirchenmusik, erklärte

Abg. Dr. Kunze (Hörsf. Vpt.): Die Gottesdienste können mehr gehoben werden durch Bach'sche Kantaten. Auch auf die Kömischen „Festzeiten“ könnte man zurückgreifen. In der Stellung der Organisten müßte Wandel geschaffen werden.

Bei der Konvertierung der Altäre in den Rheinlanden sind wie bisher 12 000 Mark vorgesehen.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Ztr.): Die Mittel, die im Etat für die Erhaltung der Altäre vorgesehen sind, müßten bedeutend erhöht werden. Der Minister sollte für die Erhaltung des Domes in Kanten sorgen.

Abg. Wande (Hörsf. Vpt.) trat für die Erhaltung alter Kirchenbauwerke ein.

Abg. Dr. Kunze (Hörsf. Vpt.): Ich bitte, die Franziskaner Johanniskirche in Slettin zu restaurieren. Ferner bitte ich den Minister, die Kantikappelle auf ihre Kantikellen hin unterziehen zu lassen und die Kantikellen großer Philosophen in würdiger Weise auszugestalten.

Abg. Dr. Dietrich-Braunsberg (Ztr.): Ich möchte die etatsmäßige Anstellung der Konvertoren in den östlichen Provinzen befürworten.

Abg. Dr. Wendland (Natib.): Das Meydenbauer'sche Wehlbildverfahren bedeutet einen großen Fortschritt. Das Verfahren hat sich zur Grundlage für die Denkmalschutz entwickelt. Überausend aber ist die Verwendung der aufgenommene Wehlbildverfahren für künstlerische und unterrichtsmäßige Zwecke dieses Verfahrens hat sich auch der deutsche Verein für Kunstwissenschaft mit zur Aufgabe gemacht. Die Entwicklung drängt dahin, aus der königlichen Wehlbildanstalt eine Zentrale für Kunstwissenschaft zu machen.

Abg. v. Gohler (Natib.) wünschte größere Pflege der Musik, die am geeignetsten sei, eine Volkskunst zu werden, und besonders des Volksliedes.

Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schmidt wies auf die Sammlung deutscher Volkslieder hin, die auf Initiative des Reichsarchivars in der Reichsanstalt in der Reichsanstalt herausgegeben der geplanten Volksliederbücher widmet, ist eifrig an der Arbeit, und auch der Kaiser hat stets ein lebhaftes Interesse an dem Fortschreiten der Sammlung bezeugt.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Hörsf. Vpt.): Ich behauere, daß die Regierung sich noch nicht entschlossen hat, dem übermäßigen Zudrang von Ausländern an der Hochschule für Musik einen wirksamen Siegel vorzuschreiben.

Auf Antrag der Budgetkommission sollen besonders nicht pensionsfähige Zulagen im Gesamtbetrag von 20 000 Mark den Beauftragten an den Hochschulen für bildende Künste und für Musik sowie den Vorlesern der Meisterateliers und der Meisterateliers gewährt werden.

Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Für einen Bau für das Schauspielhaus in Berlin auf dem Gelände der ehemaligen Tiergartenbaumschule in Charlottenburg werden im Etatartikularium 87 000 Mark angefordert.

Abg. v. Wilow (Natib.) beantragte zusammen mit dem Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.) die Streichung dieser Forderung des Etatsartikels für die Baukosten des geplanten Bau nur ein provisorisches, scheuenerartiges und billiges Gebäude sein solle, daß es sich aber empfehle, sofort ein würdiges Gebäude zur endgültigen Lösung der Frage vorzuführen.

Dieser Antrag wurde mit geringer Mehrheit gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien angenommen. Bei dem Ausgabenkapitel „Pädagogisches Unterrichtswesen“ betonte

Abg. Münterberg (Hörsf. Vpt.) die Notwendigkeit, die Professoren an den technischen Hochschulen den Professoren an den Universitäten vollständig gleichzustellen, und wünschte die Erhöhung auch von wissenschaftlich außerordentlichen Professoren an den technischen Hochschulen.

Abg. Gerlach (Ztr.): Die außerordentlichen Erzeugnisse aus dem Gebiete der Technik, so besonders die beizellose Granitmasse unserer Flotte und unserer Waffen,

infrakte haben wir den technischen Hochschulen zu verdanken.

Kultusminister v. Trost zu Solz: Wenn behauptet wird, daß die Regierung den Technischen Hochschulen nicht die genügende Sorgfalt zuzuwenden, so muß ich das zurückweisen. Wir haben nicht nur neue Hochschulen begründet, sondern sind auch bemüht, die alten Hochschulen dem heutigen Stande der Technik und Wissenschaft anzupassen.

Herr Dr. Ball (Hr.): Wir halten die Schaffung von Lehrstühlen für Industriebedürfnisse und Kleinwohnungsweisen an den Technischen Hochschulen sowie die Schaffung von Ordinarien für Hochwissenschaften für wichtig.

Herr Dr. Wagner-Breslau (Freisinn.) sprach sich für eine Verbesserung der Unterrichtsmethode an den Technischen Hochschulen aus.

Herr Dr. Wendlandt (Natl.) und Pfeifer (Fortschr.) traten aus wissenschaftlichen Gründen für das Studium der Nationalökonomie an den Technischen Hochschulen ein.

In der Einzelberatung auf dem Kapitel wurde ein Antrag der Budgetkommission, betreffend die Befreiung der Wissenschaften von der Abgabe auf den Gewinn, angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Etatsgesetz, Strafenfallgesetz, Sturmflutgesetz.

Schluß 7 Uhr.

Kongresse und Ausstellungen.

Verbandsstag deutscher kaufmännischer Genossenschaften.

Unter geleiteter Leitung von Vertretern der angeschlossenen Organisationen trat in Dortmund der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften zu seiner diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung zusammen.

Die Verhandlungen über das Detailstatistikgesetz, die Abgabe auf den Gewinn, die Befreiung der Kaufleute von der Abgabe auf den Gewinn, die Befreiung der Kaufleute von der Abgabe auf den Gewinn, die Befreiung der Kaufleute von der Abgabe auf den Gewinn.

Kunst und Wissenschaft.

Dr. rer. pol. und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.

Die Fakultät der Universität Breslau hat den vormaligen Ordinarius Dr. rer. pol. — geschaffen. Von dem Besonderen wird ein beachtliches juristisches und nationales Institut sowie eine vortreffliche Bibliothek gebildet.

Der Berliner Universität. Wie die „Post-Zeitung“ erzählt, hat der Professor der historischen Geographie an der Berliner Universität Dr. Wilhelm Sieglum um seine Veretzung in den Ruhestand nachgesucht.

Berlin. Für das Reich der Reichswissenschaften hat der Reichsrat die Befreiung der Reichswissenschaften von der Abgabe auf den Gewinn beschlossen.

Strasbourg i. G. Drei neue Privatdozenten haben sich in der philosophischen Fakultät der Universität Strasbourg habilitiert: Dr. Ernst Sobel (aus Stuttgart) für das Fach der alten Geschichte und Dr. Johannes Stroux (aus Göttingen) für das Fach der Philosophie.

Aus Catterberg. Der Privatdozent Dr. phil. Franz Rastbach ist zum außerordentlichen Professor der theoretischen Physik an der böhmischen Universität in Prag ernannt worden.

Der Privatrat an der Wiener Universitätsbibliothek Dr. Viktor Zottl erhielt an der dortigen Universität die venia legendi für theoretische Philosophie.

Landwirtschaft.

Abgabe von Weinsteuer zur selbständigen Herstellung von Weingut.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen macht erneut darauf aufmerksam, daß sie, um den Weinbau im Gebiet der Provinz Sachsen zu unterstützen, den Subsidium die Herstellung unanwandlicher Weinsteuer auf billige Weise zu ermöglichen, in Halle ein Weingutlaboratorium eingerichtet hat, in dem unter ständiger wissenschaftlicher Aufsicht Weinsteuer hergestellt werden, die sich zur selbständigen Herstellung von Weingut im Haushalt eignen.

5. Ziehung 5. Klasse 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1914 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 2 columns: Gewinnschlüssel (e.g., 33 46 137) and Gewinnschlüssel (e.g., 78 48 54 88 64 102). Includes sub-sections for 50000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1, 0.5, 0.2, 0.1, 0.05, 0.02, 0.01, 0.005, 0.002, 0.001, 0.0005, 0.0002, 0.0001, 0.00005, 0.00002, 0.00001.

Hellungszug und Selbstfütterung bereinigt sind. Bei Bedienung der Gebrauchsanweisung, die jeder Zentung beiliegt, läßt sich eine Kultur montieren in beliebiger Menge frische Jagdmilch im Haushalt bereiten.

Die Ziegen auf der Zanderanstalt in Hannover. Auf der landwirtschaftlichen Zanderanstalt in Hannover, die vom 18. bis 23. Juni abgehalten werden wird, werden die Ziegen in der Zahl von 420 auf im beträchtlichem Umfang vertreten sein.

Table with 2 columns: Gewinnschlüssel (e.g., 110400 497 41 99 012 19 53) and Gewinnschlüssel (e.g., 111000 01 137 874 07). Includes sub-sections for 50000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1, 0.5, 0.2, 0.1, 0.05, 0.02, 0.01, 0.005, 0.002, 0.001, 0.0005, 0.0002, 0.0001, 0.00005, 0.00002, 0.00001.

5. Ziehung 5. Klasse 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 2 columns: Gewinnschlüssel (e.g., 25 31 42) and Gewinnschlüssel (e.g., 67 84 77). Includes sub-sections for 50000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1, 0.5, 0.2, 0.1, 0.05, 0.02, 0.01, 0.005, 0.002, 0.001, 0.0005, 0.0002, 0.0001, 0.00005, 0.00002, 0.00001.

5. Ziehung 5. Klasse 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königlich Preussische) Klassen-Lotterie.

Ziehung vom 13. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 2 columns: Gewinnschlüssel (e.g., 40 978) and Gewinnschlüssel (e.g., 100 974 87). Includes sub-sections for 50000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1, 0.5, 0.2, 0.1, 0.05, 0.02, 0.01, 0.005, 0.002, 0.001, 0.0005, 0.0002, 0.0001, 0.00005, 0.00002, 0.00001.

